

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köppler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Dr. von Stephan †.

Staatssekretär Dr. von Stephan ist heute Nacht 1/2 Uhr sanft ohne Todeskampf verschieden.

Das Befinden des Staatssekretärs Dr. von Stephan hatte sich gestern Nachmittag weiter verbessert. Am 7. April um 9 Uhr Uhr Geheimpflicht Professor v. Bergmann zum vierten Male beim Reichspostamt vor und hinterließ nach etwa halbstündigem Besuch folgenden Krankenbericht: „Die Kräfte des Kranken haben sich nicht gehoben, der Zustand ist nahezu hoffnungslos. v. Bergmann.“ Kurz vor 11 Uhr erschien dann ein Assistenzarzt des Professors, der geraume Zeit im Krankenzimmer verweilte, indes einen Krankenbericht nicht mehr schrieb. Die Kunde von der Verschlimmerung des Zustandes mußte sich schnell verbreiten, denn nach und nach kamen Personen, die sich nach dem Befinden des Patienten erkundigen wollten. Sie standen bis nach Mitternacht vor dem Reichspostamt, es wurde indes niemand mehr vorgelassen.

Nach den hoffnungslosen Nachrichten der letzten Tage konnte diese Todesbotschaft kaum überraschen, dieselbe wird aber trotzdem in ganz Deutschland und darüber hinaus auf das schmerzliche berühren, denn das erfolgreiche Wirken gehörte nicht dem Vaterlande allein, sondern es war auch dem allgemeinen Weltverkehr gewidmet. In Pommern wird der Tod besonders betrauert werden, denn der Verstorbenen war ein Sohn unferer Provinz. Heinrich Stephan wurde am 7. Januar 1831 zu Stolp als der Sohn eines Handwerkers geboren, dessen genossenschaftliche Ausbildung und ging sodann zum Postfach über, welchem er später ein Organisationsamt wurde. Im Jahre 1856 wurde er in das Generalpostamt zu Berlin berufen, 1858 zum Postfach, 1863 zum Oberpostamt befördert. Er arbeitete nun eine neue Dienstverteilung für die Oberpostdirektion aus, ein Dienstkompendium von hohem technischen Werte, und wurde 1865 zum Geh. Postfach und vortragenden Rath, 1868 zum Geh. Oberpostamt ernannt. Auf dem Gebiete der internationalen Postreform gelang es ihm, den Ideen von der Wirksamkeit der Post als eines Heils der Kultur bei den ihm übertragenen internationalen Vertragsschlüssen Geltung zu verschaffen und den Verkehr der Stationen unter einander von den Fesseln der Fiskalität zu befreien. Stephan's glänzendste Leistung auf diesem Gebiete war die Uebereignung des Thurn und Taxis'schen Postwesens an die Krone Preußens durch den Staatsvertrag am 28. Januar 1867. Am 26. April 1870 wurde er zum Generalpostdirektor des deutschen Bundes ernannt. Nach mit der Reform des Bundespostwesens, namentlich mit der Durchführung des Einheitsposttarifs u. s. w. beschäftigt, mußte Stephan zunächst alle inneren Aufgaben zurückstellen und die Organisation der norddeutschen Post im deutsch-französischen Kriege ins Werk setzen. Als nach Errichtung des deutschen Reiches die norddeutschen Postinstitute zur deutschen Reichspost verschmolzen waren, wurde Stephan zum Generalpostmeister des deutschen Reiches und 1880 zum Staatssekretär des Reichspostamts ernannt und begann nun das Werk der Verschmelzung so zahlreicher, eigenartig eingerichteter Territorialposten durch Einführung einer einheitlichen Postgesetzgebung. Er führte außerdem den einheitlichen Tarif für Pakete durch, schuf das neue Verkehrsmittel der Postkarten, die Postanweisungen und Postmonate, sowie die für den literarischen Verkehr wichtige Väterpost und auch eine Reihe erheblicher Erleichterungen des Postverkehrs ins Leben. Erfolgreich waren ferner die Bemühungen Stephan's zur Hebung der geistigen Wohlfahrt der Beamten, sein bedeutendes Werk aber ist die Gründung des Telegraphenvereins. 1875 übernahm er auch die Telegraphenverwaltung des Reichs und vereinigte sie mit den Betriebsverrichtungen der Post, was eine ganz erhebliche Vermehrung der deutschen Telegraphenanlagen zur Folge hatte. In den folgenden Jahren lieferte die Verwaltung unter Stephan's Leitung über 300 Millionen Mark an das Reich, dabei aber waren fort und fort wichtige Verkehrsvereinfachungen und Reformen ins Werk gesetzt worden. Die Zahl der Postanstalten, die 1872 nur 5755 betrug, wurde bis 1893 auf 29 612 erhöht, die Zahl der Telegraphenanlagen von 1691 auf 19 384, die Zahl der Landbriefträger von 10 000 auf 250 000 gebracht, von denen viele mit Fahrwerk ausgerüstet sind. Ferner hat Stephan in wenigen Jahren alle wichtigen Hauptstädte und Handelsstädte des Reichs mit unterirdischen Kabeln verbunden; dazu kommt noch die Einführung des Worttarifs bei Telegrammen, die Errichtung der Morphpost in Berlin, die Fernsprecheinrichtungen, die Verstellung von gegen 2000 neuen Postgebäuden in allen Theilen des Reichs, die Gründung des Elektrotechnischen Vereins, sowie der höheren Post- und Telegraphenschule, die Verstellung der transatlantischen Reichspostdampferlinien und der postallischen Einrichtungen in den deutschen Kolonien, die Beteiligungen der Reichspost bei der Durchführung der Kanäle, Straßen- und Altersversicherung, die Organisation der Reichsdruckerei. 1885 wurde Stephan in den erblichen Adelsstand erhoben und erhielt 1895 den Rang eines Staatsministers. Er war Mitglied des preussischen Herrenhauses und des Reichstages sowie Domherr zu Merseburg. Auch schriftstellerisch hat Stephan eine umfangreiche Tätigkeit entwickelt. In den letzten Jahren hatte derselbe fortgesetzt an Krankheit zu leiden, er hat aber auch in dieser Zeit der Entfaltung des Verkehrs seine volle Aufmerksamkeit geschenkt, wenn er auch den von vielen Seiten gemachten Vorschlägen zu Neuerungen nicht mehr nachkam und deshalb manche Angriffe hinnehmen mußte. In Stephan hat das Vaterland einen seiner thätigsten Beamten verloren, in den von ihm geschaffenen Verkehrsanstalten wird sein Andenken immer fortleben.

Zur Bewegung auf Kreta.

Einem Telegramm der „Politiken“ aus Athen zufolge scheint die geistige Manifestation in Athen einen recht unfruchtbaren Ausdruck gegen den König gefunden zu haben, als bekannt wurde, daß er nach Palatona gefahren sei, statt in Athen zu bleiben. Mehrere scharfe Schiffe felen und ein wahrer Steinhregen ergoß sich in

der Nähe des Schlosses. Im Ministerium sind Zeichen ernstlicher Differenzen vorhanden. Der Kriegsminister Melas und der Marineminister Levidis fordern die sofortige Kriegserklärung, Delannais und der König sind entgegengesetzter Meinung.

Aus Kandia, 7. April, wird gemeldet: Die Griechen, die den Dienstag für einen Unglücks-tag halten, griffen an diesem Tage nur vereinzelt an, tödteten drei und verwundeten acht Türken. Heute wurde dagegen die ganze Zernierungslinie um Kandia mit Kanonen angegriffen. Es wird gegenwärtig noch heiß gekämpft. Charakteristisch sind die Vorwürfe der Christen gegen die befreundeten Türken, daß diese ungehindert die Landung der Europäer zugelassen haben. Heute Abend brach in unmittelbarer Nähe der Kathedrale Feuer aus, drei Häuser brennen. Italiener und Engländer reisen die umliegenden gefährdeten Gebäude nieder; ein italienisches Kriegsschiff sandte sofort Spritzen und Löschapparate. Die Entstehungsweise ist noch unbekannt.

Am vorgestrigen griechischen Feiertag entstand, wie der Korrespondent des „Berl. Tag.“ schreibt, in Stambul unweit von dem Brückentopf in Folge eines Pistolenusses, der wahrscheinlich durch Zufall erfolgte, eine momentane Panik; man begann die Geschäfte zu schließen. Die Panik war jedoch bald aus. Der fanatische Enthusiasmus der Griechen nimmt jeden Tag zu. Ich begegnete einem griechischen Arzt, der in Deutschland lübt und, der behauptete, mit mir nicht mehr deutsch sprechen zu dürfen. „Wir gehören“, sagte er, „einer griechischen Nation an, die sich respektieren läßt, selbst von den großen Mächten.“ Das Gerücht nämlich von den letzten Ereignissen in Aetia, wo die Insurgenten die Soldaten der Mächte überfallen haben sollen, wird hier bestärkt. Die Griechen setzen auf die Köpfe von hauptsächlich russischen Gefangenen türkische Mützen und amüsieren sich dabei. In Folge dieser Nachrichten glaubt man, daß jetzt die Großmächte sich vollständig verständigen werden, um ihr Prestige bei den Griechen wieder herzustellen.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser hat, wie der „Vormer General“ anzeigt“, dem General-Obersten der Kavallerie, Freiherrn v. Los, anlässlich dessen fünfzigjährigen Dienstjubiläums den Stern und das Großkreuz der Komture des Hohenzollern'schen Hausordens und ein Bildnis des Kaisers Wilhelm I. überreicht. Der Großherzog von Baden verleiht dem Jubilar den Stern und das Kreuz der Komture des Hausordens der Treue. Die Stadt Bonn ernannte den Jubilar zum Ehrenbürger, die juristische Fakultät der Universität ernannte ihn zum Ehrendoktor. In dem Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin ist, wie den „Med. Nachr.“ aus Cannes vom 6. d. M. gemeldet wird, eine weitestehende Veränderung nicht eingetreten. Die Nacht vom 5. zum 6. war weniger unruhig, die asthmatischen Beschwerden waren etwas geringer. — Dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Marschall ist von der Königin-Regentin von Spanien das Großkreuz des Ordens Karls III. verliehen worden. — Wie der „Kön. Ztg.“ aus Greiz aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, hat der Fürst Neuchâtel eine unmittelbare nach seiner Milder dorthin ein Schreiben an den Kaiser gerichtet, worin er sein lebhaftes Bedauern über die Einziehung einer preussischen Fahne am Tage der Pundertjahrfeier ausdrückt und anzeigt, daß der schuldige Beamte sofort seiner Stellung entbunden worden sei. Nach einer Bekanntmachung der Regierung von Neuchâtel a. L. ist an Stelle des Regierungsschreibers Freiherrn von Ullrich-Gleichen, der von der Stellvertretung des beurlaubten Landraths entbunden wurde, der Regierungsrath Cammann zur Stellvertretung des Landraths berufen worden. — Das Präsidium für das Deutsche Hundertjahr-Sportfest hat nunmehr die Reihenfolge der Tage derart festgestellt, daß Donnerstag, 17. Juni, der Pferdesport, Sonnabend, 19. Juni, der Wasserport und Sonntag, 20. Juni, der Landport ihre Wettläufe veranstalten werden. — Der gemeinschaftliche Landtag zu Göttinge lehnte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag Arnold auf Einführung des Reichswahlrechts mit einer Stimme Majorität ab, nahm dagegen die Verklärung der Staatsperioden an. — In dem Dorfe Glinzig bei Kottbus ist am 1. d. M. der Lehrer der Gemeindevorstand, Herr Kruke, in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Der jetzt fast 60-jährige, 5 Monate der Glinziger Schule vorgefanden, so daß in dem ganzen Orte, selbst unter den älteren Leuten, fast keine einzige Person ist, die nicht dem Jubilar ihre Schulbildung verdankt.

Deutschland.

Berlin, 8. April. Das „Wolff'sche Tel.“ versendet folgende Erklärung: „Am unbegründeten Kombinationen vorzugehen, theilen wir mit, daß die von uns am 1. April verbreitete Meldung über ein Gläubigungsverzeichnis Sr. Majestät des Kaisers an den Fürsten Bismarck aus von Herrn Hofrath Otto de Grahl mit dem Bemerkten schriftlich übermittelte wurde, er habe die Nachricht nicht für den Vordruck erhalten, sie sei aber durchaus zutreffend. Auf wiederholte Anfrage hat uns Herr de Grahl noch am Abend des 3. April brieflich die Richtigkeit dieser Nachricht bestätigt. Erst am Sonntag, den 4. April früh, erhielten wir aus mehreren Blättern, daß wir getäuscht waren.“

Herr Otto de Grahl ist, wie erinnerlich, im Dienste des „W. T.“, auch der Verbreiter der Meldung über den falschen Bismarckbrief gewesen, der im Prozeß Ledert-Lügow eine Rolle gespielt hat.

Der Vorstand der deutschsozialen Reformpartei hat über die Haltung bei den Wahlen einen Beschluß gefaßt, der sich in der Praxis gegen die konservative Partei richtet und dem bisherigen von der konservativen Presse vielfach beklagten Verhalten der Antisemiten entspricht. Der Beschluß, der zugleich die unter der Firma Vange auftretenden und andere Kartellbestrebungen zurückweist, lautet:

„Die allgemeine politische Lage macht es der deutschsozialen Reformpartei zur Pflicht, in allen Wahlkreisen, in denen sie genügend organisiert ist, mit eigenen Kandidaten vorzugehen. Jedem welche Kartellvorschlüge, unter welchem Namen sie auch immer auftreten mögen, sind für die Partei unannehmbar. Der Vorstand verkennt nicht, daß in einzelnen Wahlkreisen besondere Verhältnisse das Zusammengehen mit anderen Parteien geboten erscheinen lassen können. Darüber werden aber die Gefinnungsgenossen des einzelnen Wahlkreises von Fall zu Fall selbstständig zu entscheiden haben, es bedarf dafür keines allgemeinen Kartells.“

Nach dem Vorgehen der Provinzen Pommern und Sachsen geht man auch in der Provinz Westpreußen mit der Einrichtung von Kornhäusern vor. Jüngst ist in Papiin unweit Danzig eine bezügliche Genossenschaft gegründet und der Grundstein zu einem Silo gelegt worden, welcher bereits den Beginn der nächsten Ernte betriebsfähig sein soll.

Die Ausführungsbestimmungen zum Lehrerbeförderungsgesetz sind schon erschienen. Da eine vollständige Durchführung des Gesetzes jetzt noch nicht möglich ist, so werden die Regierungen ermächtigt, den Schulverhältnissen die bisherigen gesetzlichen Staatsbeiträge und den Lehrern und Lehrerinnen die bisherigen staatlichen Alterszulagen einzuweisen und vorbehaltlich späterer engerer Verrechnung vorläufig weiter zu zahlen. Der Minister nimmt an, daß diese Verrechnungen längstens bis zum 1. Oktober d. J. werden erfolgen können. An eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter in den Gemeinden, denen erhöhte Staatsbeiträge zufließen, denkt der Minister nicht. Er verweist auf die Ausdehnung der staatlichen Alterszulagen im Jahre 1890 und auf die inzwischen eingetretenen Neuregelungen, die zum Teil sehr erhebliche Aufbesserungen gebracht haben sollen. Insbesondere werde da, wo gegenwärtig schon in der Gewährung von kommunalen Alterszulagen das Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen angemessen gestaltet ist, beantragt werden können, daß es um den Betrag der in den mittleren und kleinen Schulverbänden geleisteten Staatsleistungen erhöht werde. Es dürfen also die aus dem Gesetz fließenden Mittel zum Teil zur Verminderung der Gemeindeforderungen verwandt werden. Diese Bestimmung trifft besonders die Lehrer in allen kleinen Städten und in den Landgemeinden der Westprovinzen, die eine der Steigerung der Staatsleistungen entsprechende Aufbesserung sicher erwarten können. An eine gleichmäßige Aufbesserung aller Gehälter denkt der Minister also nicht. Die örtlichen Verhältnisse sollen in jedem einzelnen Falle ausschlaggebend sein; es können aber innerhalb jedes Regierungsbezirks gewisse Gegenden und Gruppen von Orten, die gleiche Verhältnisse zeigen, zusammengefaßt werden, wie es 1892 in der Provinz Westfalen geschehen ist. Gleichartige Lehrer und Lehrerinnenstellen in denselben Orten sollen in Zukunft auch ein gleiches Einkommen erhalten. Bei der Ausführung des Gesetzes soll das Hauptgewicht auf die Alterszulagen und nicht auf die Grundgehälter gelegt werden. Von den größeren Städten setzt der Minister voraus, daß sie bei der Regelung der Lehrergehälter ohne bestimmte Einwirkung der Schulaufsichtsbehörden allen billigen Ansprüchen von selbst gerecht werden. Soweit dies nicht der Fall sein sollte, werden die Regierungen zum Bericht an den Minister aufgefordert. Für die allein stehenden und ersten Lehrer sollen höhere Gehälter nur da in Aussicht genommen werden, wo dies bisher üblich ist. Die einlässlichen Schulen sollen künftig überhaupt nur mit älteren, schon anderwärts bewährten Lehrern besetzt werden. Wo die mit Kirchendienst befaßten Stellen neu reguliert werden, soll die Verfügung über die Abtrennung der niederen Küsterdienste Berücksichtigung finden. Die Entziehung der staatlichen Alterszulagen (§ 7 des Gesetzes) soll nur erfolgen, wenn schwerkündige Gründe vorliegen. Ob es notwendig ist oder sich empfiehlt, von Anordnung dieser den Beteiligten selbst über die gegen seine Dienstführung zu erhebenden Ausstellungen zu hören, soll aus der Lage des einzelnen Falles heraus entschieden werden. Zur Stellung eines Antrages auf Entziehung der Alterszulagen sollten die Ortschulbehörde, der Landrath (I), der Bürgermeister und der Kreis Schulinspektor befugt sein. Für die Frage, welcher Wohnungsumfang für die Bemessung der Mietentschädigung zu Grunde zu legen ist, sollen die bisherigen Normativbestimmungen maßgebend sein. Den Rektoren und Hauptlehrern ist eine größere Dienstwohnung und auch eine höhere Mietentschädigung zu gewähren. An der Berechnung der Abrechnung und des Brennmaterials soll möglichst nichts geändert werden. Ueber die Lohnungsstellen sollen besondere Bestimmungen ergehen. Alle Hilfslehrer, Unterlehrer, Adjunkten und Prospektanten sind in ordentliche Lehrstellen umzuwandeln. Damit die Regelung im ganzen Staatsgebiet nach einheitlichen Grundsätzen und in angemessener Abstufung sich vollzieht, soll die Neugestaltung einer Erörterung in Provinzialkonferenzen unter Mitwirkung von ministeriellen Kommissarien unterzogen werden. Der Minister hofft mit dieser Neuregelung die Gehaltsbewegungen auf absehbare Zeit zum Stillstand zu bringen. Wenn die Regierungen künftig zu der Ueberzeugung kommen, daß in ihren Bezirken allgemeine Aufbesserungen notwendig sind, so soll zunächst ans Ministerium berichtet und der Stand der Besoldung in benachbarten Bezirken berücksichtigt werden.

Die von den Gebrüdern Denhardt dem Reichstage überreichte Petition um Schadloshaltung für die in der Witte-Angelegenheit ihnen zugefügten Verluste begründet dieses Gesuch in eingehender Weise. Nach ihrer Darlegung erbat sie seiner Zeit für den Sultan von Witte und seiner Zustimmung den Schutz des deutschen Reiches und kauften von ihm einen ungefähr 20 deutsche Quadratmeilen messenden Theil seines Landes mit allen ihm daran zustehenden Privatrechten und Hoheitsrechten, um ihrem Schutze die von Reichskanzler Fürsten Bismarck als erforderlich bezeichnete Grundlage zu geben. Auf diesen Antrag hin wurde am 27. Mai 1888 der Schutz des deutschen Reiches über die Eisenbahn von der Delagoa-Bahn bis zum Lembovo-Gebirge machen sollte, ist noch nicht zurückgeführt.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

Die gestrige Meldung des Blattes „Daily Mail“, daß der Spruch des in Bern tagenden Schiedsgerichts über die zwischen England und Portugal schwebende Streitfrage bezüglich der Delagoa-Eisenbahn bereits dahin ergangen sei, daß Portugal sechs Millionen Pfund Sterling zu zahlen habe, beruht, wie das „Deutscher Bureaux“ erzählt, in ihrem ganzen Umfang auf Erfindung. Der Schiedsrichter hat noch nicht bekannt. Der von dem Schiedsgericht nach Südafrika entsandte Sachverständige Nicol, welcher an Ort und Stelle Feststellungen über die Eisenbahn von der Delagoa-Bahn bis zum Lembovo-Gebirge machen sollte, ist noch nicht zurückgeführt.

Niederlande.

Die zweite holländische Kammer nahm mit 63 gegen 7 Stimmen den Vertrag mit Deutschland betreffend die Schiffahrtseinrichtungen auf Vorkum und an der Unter-Emm an. Der Minister des Meeres wies ausdrücklich auf eine Erklärung der deutschen Regierung hin, daß spätestens 1899 bis 1900 mit dem Kanalbau zwischen Amelo und Noordhorn begonnen werden sollte.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

Teil des Sultanats mit allen dem Sultan daran zustehenden Privatrechten und Hoheitsrechten und übernahmen die ihm verbleibenden auf 50 Jahre zur Ausübung in seinem Namen und unter seiner Flagge. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Alle deutschen Unternehmungen gebieten unter dem Schutze des deutschen Reiches und versprechen gute Erfolge. Ganz plötzlich aber wurden sie dem Untergange geweiht durch die Folgen des Abkommens, welches Deutschland und Großbritannien am 1. Juli 1890 schlossen, ohne den Sultan von Witte und die im Schutzgebiete Witte anhängigen und interessierten Deutschen zu verständigen. Deutschland zog in Folge des Abkommens seinen Schutz über Witte zu Gunsten von Großbritannien zurück und taufte unter Benützung der von uns in Witte erworbenen Rechte dafür die Insel Helgoland ein. Alle unsere Rechte und Besitzungen wurden dadurch der britischen Regierung preisgegeben. Wir stehen nun vor der Thatfache, daß die deutsche Reichsregierung unsere von dem Sultan von Witte erworbenen Rechte zum Eintausch der Insel Helgoland verworfen hat, und daß die britische Regierung seit 6 1/2 Jahren gegen uns eine Forderung einnimmt, die zu allen nationalen und internationalen Rechtsgrundsätzen im schärfsten Widerspruch steht.“

Die Brüder Denhardt legen weiter die Haltung der Reichsregierung in dieser Angelegenheit dar und weisen dann nach, daß dieser die Verpflichtung erwachsen sei, ihnen Schadloshaltung zu gewähren. Sie werden dem Reichstage demnach eine Denkschrift unterbreiten, in der ihre Ansprüche im Einzelnen dargelegt werden sollen. Ihre Ansprüche für die geschädigten Privatrechte sollen sich auf rund eine Million Mark belaufen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. April. Abgeordnetenhause. Zu dem Antrage Daszogny nimmt Ministerpräsident Graf Badeni das Wort. Er betont, daß die politische Stellung des Polenklubs sowie dessen gegenseitiges, das Staatsinteresse wahrendes Verhalten jüdischen Elementen stets ein Dorn im Auge gewesen sei; er habe die Vorfälle, von denen der Antragsteller spreche, sofort untersucht lassen; dabei hätten sich die bezüglichen Nachrichten der Zeitungen als unrichtig herausgestellt. Graf Badeni verliest den Bericht des Statthalterers von Galizien, aus welchem hervorgeht, daß die radikalen Elemente in Dis-Zalitzien seit mehreren eine sehr leidenschaftliche Tätigkeit entwickelten. Anlässlich der Reichstagswahl seien unrichtige Darstellungen der gesetzlichen Bestimmungen verbreitet worden, was zur Folge hatte, daß an die Wahlleiter unbegründete Forderungen gestellt und die Nichtberücksichtigung derselben Gewaltthätigkeiten verurteilt wurden. Dadurch sei die ruhige ruthenische Bevölkerung zu bedauerlichen Ausschreitungen verleitet worden. Die Regierung habe in dem während der Wahlkampagne herrschenden Zustande der Gährung mit wahrhafter Selbstverleugnung, oft mit persönlicher Gefahr ihre Pflicht erfüllt. Nach Verlesung des Berichtes erklärt Graf Badeni unter Ehrenwort, daß er bei seiner kürzlichen Anwesenheit in Lemberg dem Bezirkshauptmann keinerlei Wahlinstruktionen erteilt habe. Der Ministerpräsident verlas weiterhin ausführliche Berichte über die Wahlvorgänge in zahlreichen galizischen Gemeinden, darunter Davidow, und erklärte, Manchem wäre es sogar unerwünscht gekommen, wenn keine Ausschreitungen stattgefunden hätten; er habe gar nicht die Absicht, irgend etwas zu verheimlichen, er werde im Gegenteil das ganze Material dem Legationsausschusse zur Verfügung stellen; er habe das anfruchtliche Bestreben, allen diesen Gerüchten und Nachrichten ein Ende zu machen, damit sich die Öffentlichkeit nicht überzeuge, um was es sich hier eigentlich handle. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) — Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Best, 7. April. Unter Vorsitz des Fürstprimas Wasparj fand heute eine Bischofskonferenz statt, welche einen Anschlag von fünf Mitgliedern wählte behufs Feststellung der geistlichen Magna Charta. Bezüglich der Frage der Autonomie der Katholiken sprach sich die Konferenz dahin aus, daß sie dem Vorschlage des Kultusministers, einen Kongress zur Beratung der Frage wegen der Autonomie im nächsten Herbst einzuberufen, beitrete. Die Konferenz habe sich jedoch nicht verheißt, daß eine katholische Autonomie Gefahren für die Hierarchie des Episkopates ergeben könne. Der Episkopat werde die Autonomie nur genehmigen, wenn dieselbe dem kanonischen Gesetze entspreche.

Niederlande.

Die zweite holländische Kammer nahm mit 63 gegen 7 Stimmen den Vertrag mit Deutschland betreffend die Schiffahrtseinrichtungen auf Vorkum und an der Unter-Emm an. Der Minister des Meeres wies ausdrücklich auf eine Erklärung der deutschen Regierung hin, daß spätestens 1899 bis 1900 mit dem Kanalbau zwischen Amelo und Noordhorn begonnen werden sollte.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

England.

London, 7. April. Das Unterhaus nahm mit 160 gegen 91 Stimmen die zweite Lesung der Vorlage an, nach welcher vom Auslande eingeführtes Fleisch und ausländischer Käse obligatorisch unter Androhung von Geldstrafe als auswärtige zu bezeichnen sind. Im Laufe der Debatte erklärte der Landwirtschaftsminister Long, er billige das Prinzip der Bill, deren Einzelheiten jedoch einem Sonderausschusse überwiesen werden müßten. Die Vorlage wurde schließlich einem Sonderausschusse überwiesen.

die Lage in Gagaland dort als eine ernste angesehen. Ein Offizier und mehrere Soldaten seien getödtet; der General-Gouverneur Muzinho de Albuquerque werde mit Truppen aus Mozambique erwartet.

Von der Marine.

Kiel, 7. April. Auf der Marinestation der Ostsee wurde bereits mit dem Anfang dieser Woche die durch den Etat für das Jahr 1897/98 bewilligte selbstständige Schiffsbefähigungskommission errichtet, nachdem auf der Nordsee-Station eine gleiche Kommission bereits seit dem Etatsjahre 1894/95 bestand. Zum Präsidenten der neuen Schiffsbefähigungskommission im Vesehbereich der Ostsee-Station wurde der Kapitän z. S. z. D. Hellhoff ernannt, der bis zu dem Auslaufen des Kreuzers II. Klasse „Kaiserin Augusta“ nach den freizeitlichen Gewässern Kommandant dieses Schiffes war. Die Zahl der Seeoffiziere zur Disposition in aktiven Dienststellen stellt sich nunmehr auf 1 Konteradmiral, 9 Kapitäne z. S. und 12 Korvettenkapitäne, in Summa 22 Offiziere. — Der dritte Abflugs-Transport in diesem Frühjahr, bestimmt für die beiden Kreuzer IV. Klasse „Falk“ und „Bussard“ auf der australischen Station, wird nach einer Verfügung des Oberkommandos der Marine die Heimath am 8. Mai verlassen, um von Bremerhaven aus mit dem fahplanmäßigen Reichspostdampfer die Austreise nach Sydney anzutreten. Der Besatzungswechsel für die vorgenannten Kreuzer findet bis zum 17. Juli statt, an welchem Tage die zur Abflugs-Transport gelangten Mannschaften von dem australischen Hafen die Heimreise antreten, um in der zweiten Hälfte des Monats Oktober in Bremerhaven einzutreffen. — Das am 1. d. M. unter dem Befehl des Korvettenkapitäns Goede auf der kaiserlichen Werft zu Danzig in Dienst gestellte Schulschiff „Nixe“ hat von Neufahrwasser aus die Ueberföhrungsreise nach Kiel angetreten, um dort die in den nächsten Tagen neu eintretenden Schiffsjungen an Bord zu nehmen. Zur Einstellung in die Flotte werden gegen 200 Schiffsjungen gelangen.

Arbeiterbewegung.

Breslau, 7. April. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Schönlank am letzten Sonntag in einer Verammlung von Arbeitern und Arbeitern der Königl. Eisenbahnverwaltung den Beitritt zum Hamburger Eisenbahnverband empfohlen hatte, berichtet heute die Verwaltung durch Anschlag in den Werkstätten den Beitritt bei Strafe sofortiger Entlassung.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. April. Die kaiserliche Oberpostdirektion hier selbst theilt in einem Rundschreiben an die Bezirksanstalten des Bezirks Pommern mit: Am 1. März ist bei dem Postamt in Mitow ein mit „Bernhard Drechsler, Oberschweizer“ unterzeichnetes, an Drechsler in Ober-Pommern bei Postfachgerichtes Telegramm aufgelaufen worden, durch welches am sofortige telegraphische Ueberweisung von 50 Mark „postlagernd Greifswald“ erwidert worden ist. Die Abfindung des Geldbetrages ist in Folge der vom Telegramm-Empfänger beobachteten Vorsicht unterblieben. Das Telegramm ist von dem in Brinkhof bei Brandeburg beschäftigten Oberschweizer Bernhard Drechsler selbst abgegeben worden, sondern von einem Betrüger ausgegangen. Der Täterhaft bringt verdächtig ist der am 1. März von dem Oberschweizer Drechsler in Brinkhof aus dem Dienst entlassene Unter-Oberschweizer Ignaz Glazinski, der inzwischen flüchtig geworden ist. Die Eltern des Glazinski sollen in Bromberg wohnen. Der Schw in d e r ist 24 Jahre alt, katholisch, groß und kräftig. Er trägt einen dunklen Schnurrbart, war bei der Aufgabe des Telegramms in Mitow mit einem schwarzen zweifarbigen Jaquet, dunkel, Beinleib und einem grünen Hut mit einer Feder besetzt. Er ist verheiratet und hatte sich in Neu-Mitow bei einem Tischlermeister eine Wohnung gemiethet, ist aber dafelbst nicht zugezogen. Es wird erachtet, auf dem Betrüger zu fahnden und im Betretungsfalle sowohl der Ober-Postdirektion als auch der Polizeibehörde Mittheilung zu machen.

Schon vor Jahren hatte der Kultusminister darauf hingewiesen, daß die Auswärtigen Schulen in Mitow ein sehr schlechtes Beispiel abgeben, allein nach dem pädagogischen Werte derselben, ohne Rücksicht auf finanzielle Verhältnisse, die Verleger oder Verfasser aus ihrem Gewinne für wohltätige Zwecke bestimmen, zu treffen ist. Neuerdings hat er, um unzulässigen Agitationen für die Verbreitung von Schulbüchern vorzubeugen, Veranlassung genommen, zu erklären, daß er fernerhin kein Buch für den Unterrichtsbereich genehmigen werde, wenn Verfasser oder Verleger Leitern oder Lehrern von Schulen zu Beiträgen auf Einführung des Buches in ihren Schulen durch Gewährung finanzieller Vortheile an Lehrereine oder an Stützungen zu Gunsten von Lehrern oder deren Hinterbliebenen Anregung geben.

Um die Berufung von Rektoren und Lehrern an Volks- und mittleren Schulen zu regeln, hat die Kultusministerialkommission in der letzten Sitzung des Reichstages, die wiederholt wegen der Gehaltsfrage nicht erfolgen konnte, zu erledigen, haben der Finanz- und Kultusminister bestimmt, daß bei einer solchen Berufung künftighin die Einrangirung in die Gehaltsklasse der Kreis-Schulinspektoren nach Maßgabe der in der früheren Stellung bezogenen vollen Besoldung erfolgen soll. Von der festgelegten vollen Besoldung ist ein Betrag in Abzug zu bringen, welcher dem Wohnungsgeldzuschusse der staatlichen Beamten unter Nr. IV. des Tarifs zum Gehalte vom 12. Mai 1873 für den Ort der bisherigen Beschäftigung gleichkommt. Deckt sich der so ermittelte Besoldungsbetrag nicht mit einem Gehaltsstufe der Besoldungsklasse der Kreis-Schulinspektoren, so tritt der Verweise in die nächsthöhere Gehaltsstufe ein. Der Ermannete hat auf der ihm bei der ersten Einrangirung zugewiesenen Stufe des Kreis-Schulinspektorengehalts drei Jahre zu verbleiben. War jedoch die Besoldung in der früheren Stellung nach D. Entlassungsstufen oder Dienstalterszulagen geregelt und beträgt die Gehaltsverbesserung bei der Einrangirung in die Klasse der Kreis-Schulinspektoren weniger, als die

